



Beitragsbemessungsgrenze: Mehr Einnahmen oder falscher Hebel für die GKV?

Michael Fiedler

Die Debatte um eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung nimmt wieder Fahrt auf. Aktueller Anlass sind Medienberichte über eine mögliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, auf die unter anderem der PKV-Verband mit einer kritischen Einordnung reagiert. Gleichzeitig hat sich die GKV-Finanzkommission mit dem Instrument befasst – und bewusst keine Empfehlung ausgesprochen.

Die BBG definiert die Einkommenshöhe, bis zu der Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung erhoben werden. Für das Jahr 2026 liegt sie bei 69.750 Euro jährlich. In der politischen Debatte wird immer wieder gefordert, diese Grenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung anzuheben – rund 101.400 Euro.

Finanzkommission sieht Risiken – keine Empfehlung

Die GKV-Finanzkommission hat sich mit dieser Option befasst, spricht jedoch keine Empfehlung für eine Anhebung aus. In ihrem Bericht verweist sie auf erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der tatsächlichen Finanzwirkung sowie auf mögliche Nebenwirkungen für den Arbeitsmarkt.

Wörtlich heißt es, eine Erhöhung könne insbesondere dann zu Belastungen für Arbeitgeber führen, wenn steigende Beiträge nicht vollständig auf Löhne überwältzt werden oder zeitverzögert wirken. Gerade in wirtschaftlich angespannten

Zeiten müssten diese Effekte sorgfältig abgewogen werden. Damit positioniert sich die Kommission zurückhaltend gegenüber einem Instrument, das in der politischen Debatte regelmäßig als möglicher Einnahmehebel genannt wird.

Belastungseffekte für Arbeitnehmer und Unternehmen

Im Zuge der aktuellen Diskussion werden auch ökonomische Einschätzungen herangezogen, auf die sich der PKV-Verband in seiner Argumentation bezieht. So hat Frank Hechtner, Professor für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, für das Handelsblatt berechnet, dass für Gutverdiener zusätzliche Belastungen von mehr als 2.000 Euro jährlich entstehen könnten.

Zugleich verweist der Verband auf Einschätzungen von Maximilian Stockhausen vom Institut der deutschen

Wirtschaft (IW), der gegenüber der Rheinischen Post darauf hinweist, dass steigende Sozialabgaben nicht nur Besserverdienende belasten, sondern auch die Arbeitskosten der Arbeitgeber erhöhen könnten.

Einnahmen- oder Ausgabenproblem?

Die Argumentation des PKV-Verbandes zielt dabei auf eine grundlegendere Einordnung der Finanzlage. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken wird in diesem Zusammenhang mit der Aussage zitiert: „Also es gibt schon sehr viel Potenzial, das wir heben können im System. Wir haben sicherlich kein Einnahme-Problem, wir haben ein Ausgaben-Problem.“ Auch die GKV-Finanzkommission legt in ihrem Bericht einen Schwerpunkt auf strukturelle Maßnahmen und Effizienzpotenziale im System.

Gleichzeitig bleibt die Bewertung umstritten. Befürworter einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze argumentieren weiterhin, dass ohne zusätzliche Einnahmequellen eine nachhaltige Stabilisierung der GKV-Finzen schwer erreichbar sein dürfte.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949245/Beitragsbemessungsgrenze-Mehr-Einnahmen-oder-falscher-Hebel-fuer-die-GKV/>